



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/80

Berlin

18. Dezember 1980

47. Jahrgang

Dritte Welt: Wird 1981 ein Krisenjahr?

Die Mehrzahl der Entwicklungsländer¹ mit ihren 2,3 Mrd. Menschen oder rund zwei Dritteln der Weltbevölkerung steht vor äußerst schwierigen wirtschaftlichen Problemen. Stagnation in den wichtigsten Abnehmerländern ihrer Exportprodukte und drastische Ölpreissteigerungen treffen diese Entwicklungsländer besonders hart: Tiefe Armut und der Druck des Bevölkerungswachstums machen eine fortdauernde Wirtschaftsexpansion lebensnotwendig; die Wirtschaftsentwicklung wird jedoch in der Mehrzahl der Entwicklungsländer 1981 ungenügend sein, für viele Länder ist bei stark steigenden Leistungsbilanzdefiziten Stagnation oder Rezession zu befürchten. Nur für reiche Ölländer sind die wirtschaftlichen Aussichten uneingeschränkt positiv.

In den 70er Jahren erzielten die Entwicklungsländer — als Gruppe — ein Wirtschaftswachstum, das deutlich über dem der Industrieländer lag (1970 bis 1980 jahresdurchschnittlich 6,2 vH gegenüber 3,2 vH). Allerdings täuscht dieses Globalbild. Hier schlägt die günstige Lage in den Schwellenländern und den Ölländern statistisch durch. Je Einwohner erreichten die bedürftigeren unter den Ölimportländern im jährlichen Durchschnitt sogar nur einen Einkommenszuwachs von 1,5 vH und damit bedeutend weniger als die Industrieländer (2,5 vH) sowie die Entwicklungsländer insgesamt (3,6 vH).

Leistungsbilanz im Ungleichgewicht

Das gravierendste aktuelle Problem für die Mehrzahl der Entwicklungsländer sind zweifellos die erneuten Rohölpreissteigerungen seit 1979. In der zweiten Jahreshälfte 1980 kostete das Rohöl — gerechnet in US-\$ — 136 vH mehr als 1978, und die OPEC hat die Absicht, den jetzigen Realpreis zumindest zu halten. Für 1980 wird die Ölrechnung der Nicht-Öl-Entwicklungsländer auf 51 Mrd. US-\$

¹ Als Entwicklungsländer werden hier die vom Entwicklungshilfesausschuß der OECD erfaßten Länder angesehen. Mangels Daten können jedoch nur 114 der insgesamt 159 Länder und Gebiete erfaßt werden (u. a. ohne Staatshandelsländer).

Um die Wirtschaftslage besser beurteilen zu können, wurden außer den regionalen Abgrenzungen auch Ländergruppen nach wirtschaftlichen Kriterien gebildet:

Schwellenländer: Länder, die 1976 ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 1000 US-\$ und einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von mindestens 20 vH aufwiesen (Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Israel, Mexiko, Singapur, Taiwan, Uruguay) sowie Südkorea.

Ölländer: Länder mit Netto-Ölexporten gemäß der Liste des IWF in World Economic Outlook 1980, S. 85. Diese Liste gilt offenbar für 1978. Inzwischen wären weitere Länder einzubeziehen (z. B. Angola und Zaire), andere zu entfernen (z. B. Bolivien). Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird darauf verzichtet. Die Ölländer werden in reiche (Pro-Kopf-Einkommen 1978 über 4000 US-\$) und sonstige Ölländer untergliedert: **Reiche Ölländer:** Bahrain, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate. — **Sonstige Ölländer:** Ägypten, Algerien, Gabun, Kongo, Nigeria, Tunesien, Indonesien, Irak, Iran, Malaysia, Oman, Syrien, Bolivien, Ecuador, Peru, Trinidad und Tobago, Venezuela.

Netto-Ölimportländer sind alle übrigen Entwicklungsländer. Als Untergruppe werden die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) in der international üblichen Abgrenzung ausgewiesen.

Leistungsbilanz der Entwicklungsländer

In Mrd. US-\$

	Alle erfaßten Länder	Schwellenländer				Reiche Ölländer	Sonstige Ölländer	Netto-Ölimportländer	
		Insgesamt	Europa	Asien	Amerika			Insgesamt	LLDC
Exporte									
1978 ^s	315,4	106,2	27,2	50,9	28,1	71,3	91,3	46,7	4,3
1979 ^s	430,4	136,2	34,7	64,8	36,6	112,2	126,3	55,7	4,3
1980 ^s	568	168	42	78	48	170	160	70	5
1981 ^s	658	200	48	90	62	190	190	78	6
Importe (fob)									
1978 ^s	290,6	126,0	42,7	55,7	27,6	33,4	71,6	59,5	8,5
1979 ^s	354,9	169,5	55,6	73,6	40,3	43,8	72,6	69,0	6,9
1980 ^s	456	212	72	84	56	65	95	84	8
1981 ^s	584	255	81	101	73	100	135	94	10
Handelsbilanz									
1978	24,8	-19,8	-15,5	- 4,9	0,5	37,9	19,6	-12,8	-4,2
1979 ^s	75,5	-33,3	-20,9	- 8,7	- 3,7	68,4	53,6	-13,2	-2,6
1980 ^s	112	-44	-30	- 6	- 8	105	65	-14	-3
1981 ^s	74	-55	-33	-11	-11	90	55	-16	-4
Leistungsbilanz ¹⁾									
1978	-15,1	- 8,9	- 1,2	0,4	- 8,2	16,4	- 1,7	-20,9	-5,5
1979 ^s	30,1	-23,1	- 4,4	- 3,2	-15,5	43,0	30,9	-20,7	-4
1980 ^s	55	-39	-15	- 2	-22	75	41	-22	-5
1981 ^s	2	-51	-17	- 7	-27	50	28	-25	-6

1) Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie Übertragungen. s = Geschätzt.

Quellen: IMF: International Financial Statistics; Nationale Quellen; Schätzungen des DIW.

geschätzt², das wäre fast doppelt soviel wie 1978. Für 1981 kann ein Betrag von gut 57 Mrd. US-\$ angenommen werden³.

Diese Ölrechnungen üben seit 1978 den wichtigsten unmittelbaren Einfluß bei der Veränderung der Leistungsbilanzen aus. Während die Ölexportländer rapide steigende Überschüsse verbuchen konnten (1980 ca. 120 Mrd. \$), mußten vor allem die Schwellenländer rasch steigende Leistungsbilanzdefizite hinnehmen. Diese Defizite vergrößerten sich allein 1980 von insgesamt 23 Mrd. auf 39 Mrd. \$. Am stärksten waren die fortgeschrittenen lateinamerikanischen Länder betroffen. Ihr Defizit (22 Mrd. \$) entsprach 1980 bereits knapp 5 vH des Sozialprodukts. Auch die Gruppe der Netto-Ölimportländer auf mittlerem und unterstem Einkommensniveau wurde 1980 mit einer derart hohen Quote belastet.

Im kommenden Jahr wird sich die Leistungsbilanzsituation bei der Mehrzahl der Länder weiter verschlechtern. In den Industrieländern hat sich die Konjunktur immer mehr abgeschwächt; auch hier wird die reale Einkommenszunahme durch die ölpreisbedingt verschlechterten Terms of Trade zusätzlich gebremst. Die Exportaussichten der Entwicklungsländer sind deshalb im Laufe des Jahres 1980 immer schlechter geworden. Vor allem für die euro-

päischen und die asiatischen *Schwellenländer* ist — wenn überhaupt — nur noch mit geringen realen Exportsteigerungen zu rechnen. Bei den europäischen Entwicklungsländern spielt für die Leistungsbilanz auch eine Rolle, daß 1981 — wie schon im laufenden Jahr — weder die Tourismuseinnahmen noch die Gastarbeiterüberweisungen im gewohnten Tempo zunehmen werden. Das Defizit aller Schwellenländer wird sich wohl nochmals in einer Größenordnung von 15 Mrd. \$ erhöhen.

Auch die ärmeren und die ärmsten unter den *Netto-Ölimportländern* haben zunehmende Fehlbeiträge zu erwarten. Hier ist auch die wahrscheinlich schwache Entwicklung auf den Rohwarenmärkten bedeutsam: Die Rezession in den Industrieländern, verbunden mit der Hochzinspolitik zur Inflationsbekämpfung, läßt weder Mengen- noch Preiseffekte zur Belebung der Rohstoffexporte dieser Entwicklungsländer erhoffen.

Es kann jedoch damit gerechnet werden, daß die *Ölexportländer* ihre Kaufkraft nutzen werden, um erheblich mehr Waren und Dienstleistungen nachzufragen. Ihr Leistungsbilanzüberschuß könnte

² OECD: Economic Outlook 27, Paris, Juli 1980, S. 127.

³ Voraussetzungen: 2 vH Verbrauchszunahme (bei 2,4 vH Realzuwachs des BSP), 10 vH Preiserhöhung des Rohöls.

Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer

	Alle erfaßten Länder	Schwellenländer				Reiche Ölländer	Sonstige Ölländer	Netto- Ölimport- länder
		Insgesamt	Europa	Asien	Amerika			
Auslandsverschuldung in Mrd. US-\$								
1978 ^s	336,6	151,5	38,8	24,7	88,0	6,6	85,9	92,6
1979 ^s	418	185	.	.	.	7	96	130
Schuldendienst in Mrd. US-\$								
1978 ^s	56,9	30,0	6,7	4,1	19,1	3,1	13,7	10,1
1979 ^s	72,0	36,2	.	.	.	4,0	17,4	14,4
1980 ^s	87,9	43,8	.	.	.	4,5	20,0	19,6
Schuldendienst/Export-Quote in vH								
1978	18	28	25	8	68	4	15	22
1979 ^s	17	27	.	.	.	4	14	26
1980 ^s	16	26	.	.	.	3	13	28

s = Geschätzt.

Quellen: OECD: External Debt Statistics for Developing Countries: Latest Trends. Paris 1980; IMF: International Financial Statistics; Schätzungen des DIW.

s = Geschätzt.

Quellen: OECD: External Debt Statistics for Developing Countries: Latest Trends. Paris 1980; IMF: International Financial Statistics; Schätzungen des DIW.

sich 1981 insgesamt um rund ein Drittel verringern, das wären 40 Mrd. \$. Dies käme allerdings zum weitaus größten Teil den Industrieländern zugute.

Zunehmende Auslandsverschuldung

Die einzige Möglichkeit für die Entwicklungsländer, die Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, ohne dadurch neue Belastungen zu übernehmen, besteht im Zufluß von nichtrückzahlbaren Geldern, vor allem in Form von Zuschüssen aus der öffentlichen Entwicklungshilfe⁴. 1973, also vor der ersten Ölpreiskrise, waren rund zwei Fünftel der Leistungsbilanzdefizite der Nicht-Ölländer durch einen solchen Zufluß gedeckt; schon 1979 war es nur noch ein Fünftel⁵. 1980 wird die öffentliche Hilfe der OECD-Geberländer insgesamt rund 23,5 Mrd. US-\$ betragen und damit nur um 5 vH über dem Betrag von 1979 liegen, das ist real ein deutlicher Rückgang. Für 1981 ist eine ähnlich ungünstige Entwicklung zu befürchten.

Die Leistungsbilanzdefizite müssen also zunehmend durch Neuverschuldung im Ausland gedeckt werden. Die Konditionen werden schon wegen des hohen Zinsniveaus in den Industrieländern ungünstig bleiben; hinzu kommt, daß sich die Verlagerung auf kommerzielle Kredite zwangsläufig fortsetzen wird. Überdies steigt das Risiko für die Gläubiger. Für zahlreiche Länder ist die Bedienung der Altschulden bereits ein so gravierendes Problem, daß die Aufnahme neuer Kredite erschwert, wenn nicht gar — im Fall kleinerer Länder — unmöglich wird.

Die Schuldendienstquoten⁶ zeigen, daß sich die Probleme gerade bei den lateinamerikanischen Schwellenländern häufen. So mußte Brasilien 1979 drei Viertel seiner Exporterlöse für den Schuldendienst verwenden. Auch einige europäische Länder, insbesondere aber die ärmeren Ölimportländer, sind stark betroffen. Bei den letzteren ist die Schuldendienstquote 1979 und 1980 drastisch gestiegen; sie wird sicherlich noch weiter zunehmen, da die Anpassung an die erhöhten Ölpreise dort am längsten dauern wird und weiter mit hohen Leistungsbilanzdefiziten zu rechnen ist.

Kaum noch Wirtschaftswachstum in weiten Teilen der Dritten Welt

Den Ölexportländern bieten sich 1981 günstige Wachstumsaussichten. Die *reichen Ölländer* könnten ein reales Sozialproduktwachstum von 10 bis 15 vH erreichen. Nach der ersten Ölpreiserhöhung war der Boom dort noch stürmischer, doch mahnen die Erfahrungen des überhasteten Aufbaus zur Vorsicht; das kommt auch in der diesmal verhaltenen Expansion der Käufe in den Industrieländern zum Ausdruck. Insbesondere in Saudi-

⁴ Zu den weiteren Finanzierungsquellen gehören ausländische Direktinvestitionen. Sie ziehen später jedoch auch Zahlungsbilanzbelastungen nach sich (Gewinntransfers und Repatriierung des Kapitals) und sind überdies kaum verlässlich zu prognostizieren.

⁵ International Monetary Fund: Annual Report 1980. Washington 1980, S. 32.

⁶ Zins- und Tilgungszahlungen im Verhältnis zu den Exporteinnahmen.

Verbraucherpreise in den Entwicklungsländern
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1970-1977	1978	1979 ^p	1980 ^s	1981 ^s
Alle erfaßten Länder	13,7	23,6	26,6	37	39
Schwellenländer	32,3	36,9	41,3	54	55
Europa	15,2	22,7	25,0	37	34
Asien	14,7	15,5	24,2	29	30
Lateinamerika	48,6	52,9	58,2	77	78
Reiche Ölländer	13,0	8,8	8,2	14	18
Sonstige Ölländer	10,8	13,8	17,8	22	24
Netto-Ölimportländer	12,6	8,8	14,2	22	25
dar. LLDC	20,1	18,4	17,6	24	26

p = Vorläufig, s = Geschätzt.
Quellen: IMF: International Financial Statistics; Schätzungen des DIW.

Arabien, dem größten Land der Gruppe, kann ein rasches, aber nicht überschäumendes Wachstum erwartet werden. Die *Ölexportländer mit mittlerem Einkommen* (ohne Irak und Iran) haben dagegen als Gruppe nur Aussicht auf eine halb so große Zuwachsrates. Hier ist die Entwicklung im einzelnen auch wesentlich differenzierter. So ist für Ägypten, Ecuador, Indonesien, Nigeria, Syrien und Gabun mit raschem Aufbau (Zuwachsrates von 7 bis 8 vH) zu rechnen. Dagegen ist vor allem in Bolivien Stagnation wahrscheinlich.

Hauptsächlich wegen der gedrückten außenwirtschaftlichen Lage sind die Wachstumsaussichten für die meisten *übrigen Entwicklungsländer* dagegen ungünstig⁷. Hohe Ölrechnungen und schlechte Absatzaussichten drosseln die Wirtschaftstätigkeit überall. In manchen Ländern machen sich überdies die für die Dritte Welt typischen Wachstumshemmnisse in besonders krasser Weise bemerkbar: Kapitalknappheit und Lücken in der Infrastruktur, vor allem jedoch das Fehlen von Fachkräften. Sie haben auch früher schon allzu oft zu Rückschlägen im Entwicklungsprozeß geführt.

Hinzu kommt schließlich das Inflationsproblem. In zahlreichen Ländern war den hohen Inflationsraten Mitte der siebziger Jahre eine restriktive Geld- und Finanzpolitik entgegengesetzt worden, die durchaus Erfolg hatte. Im Durchschnitt⁸ der Entwicklungsländer betrug die Inflationsrate⁹ 1978 knapp 24 vH, nachdem sie zwei Jahre zuvor noch um zehn Punkte höher gewesen war. Doch nun ziehen fast überall die Preise erneut verstärkt — um durchschnittlich knapp 40 vH — an. Für die lateinamerikanischen Schwellenländer muß sicherlich im Durchschnitt mit einer Geldentwertung von 80 vH gerechnet werden, in Brasilien ist diese Rate bereits weit überschrit-

ten. Doch auch die europäischen Schwellenländer haben einen rapiden Preissprung zu erwarten. 1980 dürfte er 35 bis 40 vH betragen haben, und für 1981 ist trotz der Stabilisierungsbemühungen in der Türkei, in Portugal und in Spanien nur ein geringfügig günstigeres Ergebnis zu erwarten. Die Inflation wird schon in nächster Zukunft viele Entwicklungsländer zu erneuter Bremspolitik zwingen.

Für die *Schwellenländer*, die ja in der Regel auch Ölimportländer sind, wird als Gruppe 1981 noch eine reale Sozialproduktsteigerung um durchschnittlich 3 vH erwartet. Allerdings geht dies vor allem auf das Konto der anhaltend günstigen Aussichten in Hongkong, Singapur und Taiwan sowie in Mexiko, Brasilien und Chile. Die genannten asiatischen Länder stellen sich noch auf eine Zunahme von etwa 8 vH ein, obwohl die Exportwirtschaft von der weltweiten Stagnation stark betroffen sein wird. In Mexiko hilft der Ölreichtum. Für Brasilien wird trotz der hohen Inflation und der deshalb notwendig werdenden Bremsmaßnahmen noch mit immerhin 5 vH Wachstum gerechnet; dies ist allerdings nur noch halb so viel wie im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1977. Gering wird das Wirtschaftswachstum in den europäischen Entwicklungsländern ausfallen; bei den wichtigsten unter ihnen — Spanien, Türkei und Jugoslawien — ist bestenfalls mit einer ein- bis zweiprozentigen Steigerung zu rechnen. Besonders für die Türkei, aber auch für Jugoslawien wäre das schon gleichbedeutend mit dem Beginn eines Wiederaufstiegs aus der gegenwärtigen Krise. In Südkorea und Argentinien dürfte die Gefahr einer Rezession kaum zu bannen sein.

Die *Netto-Erdölimportländer auf mittlerem und unterem Einkommensniveau* werden von der weltweiten Konjunkturschwäche im nächsten Jahr am härtesten betroffen sein. Schon 1979 und 1980 hat sich in dieser Ländergruppe das Sozialprodukt nur noch um 1,5 bzw. 1 vH erhöht. Besonders ungünstig sind die Aussichten in den asiatischen Ländern. Für diese ist 1981 voraussichtlich ein Jahr der Stagnation. Dazu trägt vor allem der erwartete weitere Rückgang der indischen Wirtschaftstätigkeit bei (vier Fünftel des Sozialprodukts dieser Gruppe entfielen 1978 auf Indien). Aber auch die übrigen asiatischen Länder

⁷ Die Prognosen sind eine Zusammenfassung einzelner vorliegender Informationen (IWF, Weltbank, Vereinte Nationen, OECD usw.). Auch die Prognosen internationaler Institutionen sind eingeflossen, sie mußten jedoch häufig im Licht neuerer Informationen abgewandelt werden. Insbesondere für die jüngste Entwicklung muß die Einschätzung sich auf eine Vielzahl nationaler Quellen sowie auf Presse- und Bankberichte stützen. Die Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit dieser Informationen ist naturgemäß eingeschränkt. Insbesondere Regierungs- und (veröffentlichte) Bankberichte tendieren zum Optimismus. Soweit möglich wurde versucht, dies bei den Vorhersagen zu berücksichtigen.

⁸ Gewogen mit dem Brutto-sozialprodukt 1978 in US-\$.
⁹ Gemessen am Verbraucherpreisindex.

Bruttosozialprodukt der Entwicklungsländer nach Ländergruppen und Regionen
zu Preisen von 1978

	Alle erfaßten Länder	Schwellenländer				Reiche Ölländer	Sonstige Ölländer	Netto-Ölimportländer				
		Insgesamt	Europa	Asien	Amerika			Insgesamt	Mittlere Länder			LLDC
									Afrika	Asien	Amerika	
Mrd. US-\$												
1970	919,5	459,3	192,4	60,7	206,3	40,3	176,3	243,6	39,3	136,5	33,9	33,9
1978 ^s	1 535,9	753,7	286,9	119,0	347,8	106,2	324,2	351,9	58,6	191,9	54,0	47,3
1981 ^s	1 750	840	300	130	410	150	390	370	60	200	60	50
Zuwachs in vH												
1970 bis 1977	6,8	6,6	5,3	8,5	7,0	14,1	7,0	4,6	5,4	4,2	5,9	4,2
1978	5,4	5,4	3,9	10,8	5,0	4,7	5,9	5,1	3,4	5,4	6,6	4,6
1979 ^p	5,5	5,6	2,9	7,4	7,2	13,2	6,3	2,1	1,8	1,3	4,9	2,3
1980 ^s	4	3	0	3	4,5	11,5	6	1,5	2	0,5	3	2
1981 ^s	4	3	1	2,5	4,5	12,5	6,5	1	1,5	0	2,5	1,5
Regionalstruktur in vH												
1970	100	50,0	20,9	6,6	22,4	4,4	19,2	26,5	4,3	14,8	3,7	3,7
1978	100	49,1	18,7	7,7	22,6	6,9	21,1	22,9	3,8	12,5	3,5	3,1
1981 ^s	100	48,2	17,1	7,7	23,3	8,6	22,2	21,0	3,5	11,2	3,4	2,9

1) Alle hier erfaßten 114 Länder. Zur Abgrenzung der Ländergruppen vgl. Fußnote 1 im Text.- p = vorläufig, zum Teil geschätzt; s = geschätzt.

Quellen: IMF: International Financial Statistics; Weltbank Atlas 1979; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

werden Zuwachsraten erzielen, die mit durchschnittlich rund 2,5 vH nicht einmal halb so groß sind wie diejenigen von 1970 bis 1977. Besonders wenig Wachstum ist auch für die meisten Länder Afrikas mit mittlerem Einkommen zu erwarten. Hoffnungen auf eine günstigere Entwicklung können sich u. a. Togo, Kamerun und Malawi machen.

Die katastrophale Bedeutung der hier skizzierten Wachstumsaussichten wird klar, wenn man sich das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt von durchschnittlich 2,5 vH p. a. vergegenwärtigt: Sehr viele Länder stehen vor einem fühlbaren Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens. Am stärksten trifft das die ohnehin ärmsten Länder in Asien und Afrika, in denen das Pro-Kopf-Einkommen weniger als halb so groß ist wie im Durchschnitt aller Entwicklungsländer zusammengenommen. Es wird in diesen Ländern 1981 um 2 bis 5 vH niedriger sein als 1978 und in einzelnen Ländern real sogar noch stärker sinken (z. B. Indien, Sambia, Sudan, Zaire). Damit wird sich das Problem der Arbeitslosigkeit noch erheblich verschärfen, und zwar gerade in den städtischen Ballungsgebieten. Soziale Unruhe und politische Instabilität sind als Folgen absehbar.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Die Entwicklungsländer müssen alles daransetzen, ihre Ölabhängigkeit durch Erschließung zusätzlicher Energiequellen und durch Einsparungen beim Energieverbrauch zu mindern. Solche Programme sind

Sozialprodukt je Einwohner in den Entwicklungsländern

	Betrag in US-\$	Realer Zuwachs gegenüber Vorjahr in vH		
		1978	1979	1980 ^s 1981 ^s
Alle erfaßten Länder	692	2,9	1,5	1,5
Schwellenländer	1 742	3,2	0,7	0,7
Europa	2 446	1,4	-1,5	-0,5
Asien	1 005	5,4	1,1	0,6
Lateinamerika	1 571	4,3	1,7	1,7
Reiche Ölländer	8 160	9,2	7,5	8,5
Sonstige Ölländer	765	3,3	3,0	3,5
Netto-Ölimportländer	271	-0,3	-0,9	-1,4
Mittlere Länder				
Afrika	359	-1,2	-1,0	-1,5
Asien	225	-1,0	-1,8	-2,2
Lateinamerika	1 284	1,6	-0,2	-0,7
LLDC	146	-0,3	-0,6	-1,1

s = Geschätzt.
Quellen: IMF: International Financial Statistics; Weltbank Atlas 1979; Schätzungen des DIW.

bereits in Gang gesetzt worden, finanziert und dirigiert durch die Weltbank¹⁰ und einzelne Industrieländer. Die Anstrengungen müssen aber noch verstärkt werden. Sie sollten ergänzt werden durch die Bereitschaft, auch die bestehenden Produktionen entsprechend den neuen Energiekosten allmählich

¹⁰ Vgl. World Bank: Energy in the Developing Countries. Washington, August 1980.

umzustrukturieren. Zum anderen muß die Wirtschaftskraft dieser Länder zunehmen und sie in die Lage versetzen, durch zusätzliches Exportangebot die Leistungsbilanzen zu verbessern und die Schuldendienste zu erleichtern.

Ein Erfolg derartiger Anstrengungen setzt seitens der Industrieländer eine Wirtschaftspolitik voraus, die zu einer raschen Wiederbelebung der Konjunktur und damit zu einer Steigerung der Importnachfrage führt. Zudem sollte der *Marktzugang* für Anbieter aus Entwicklungsländern erleichtert werden. Vor allem viele der ärmeren und ärmsten ölabhängigen Entwicklungsländer können ihre Wirtschaftskraft aber nur entfalten, wenn sie in großem Ausmaß *Entwicklungshilfe* erhalten. Dies erfordert eine Steigerung der Hilfe durch die Industrieländer, nicht das Einfrieren auf dem erreichten Niveau.

Darüber hinaus werden weiterhin in großem Umfang *Kredite* gewährt werden müssen. Den Ölländern mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen fällt die Aufgabe zu, mehr als bisher Kredite zu günstigen Bedingungen zu vergeben. Die Belastung der internationalen Finanzmärkte würde so verringert, die Wirtschaftskraft der Nicht-Ölländer der Dritten Welt gestärkt werden. Dies läge letztlich im Interesse der anlagesuchenden Ölländer selbst.

Das *Recycling* der Öleinnahme-Überschüsse in die defizitären Nicht-Ölländer könnte überdies von den Industrieländern staatlich abgesichert werden. Ein Mittel dazu könnten Garantien für die kreditgewährenden Banken sein. Auch die Milderung der Konditionen für kommerzielle Darlehen an bestimmte Länder, finanziert aus Entwicklungshilfe-Mitteln, wäre eine Möglichkeit.

Problematisch ist das Verlangen, die Wirtschaftspolitik des Kreditnehmerlandes müsse stets den Vorstellungen des Kreditgebers entsprechen. So wird häufig gefordert, die Entwicklungsländer sollten die Binnenpreise der Energieträger sofort an das gestiegene Weltmarktpreisniveau anpassen, um die erforderliche Umstrukturierung zu erzwingen. In vielen Ländern ist die Flexibilität der Wirtschaft und der privaten Haushalte jedoch zu gering, als daß mit einer derartigen rein marktwirtschaftlichen Strategie das Energie- und das Leistungsbilanzproblem gelöst werden könnte. Eine wirtschaftliche und soziale Gesundung des Landes würde nur weiter hinausgeschoben als bei einer planvollen, mittelfristig angelegten Anpassung an die veränderten Preisrelationen. Die Gläubiger müßten allerdings die Gewißheit haben, daß mit derartigen Maßnahmen sofort wirksam begonnen wird.

Probleme der Teilzeitarbeit

Die Arbeitsproduktivität im produzierenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland zeigt seit 1950 eine ungebrochene Entwicklung. Die Beschäftigung nahm im Trend aber nur bis 1965 zu, hielt das erreichte Niveau bis Anfang der 70er Jahre und nahm danach um 1 Million ab. Dieser Rückgang wurde nur zum Teil durch Mehrbeschäftigung in anderen Wirtschaftsbereichen kompensiert, die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Die Arbeitslosigkeit droht sich in den 80er Jahren zu verschärfen. Eine Milderung dieses Problems könnte durch Arbeitszeitverkürzungen herbeigeführt werden. Dabei wird die Ausweitung der Teilzeitarbeit wahrscheinlich eine Rolle spielen.

Was wird unter Teilzeitarbeit verstanden?

Die Bundesanstalt für Arbeit definiert: „Teilzeitarbeit (als) eine Beschäftigung, die einen Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit in Anspruch nimmt; zur Teilzeitarbeit zählt auch die Heimarbeit“¹.

Über die Merkmale „regelmäßig“ und „vereinbarungsgemäß“ wird die Teilzeitarbeit gegenüber der Kurz-, der Saison- und der Zeitarbeit abgegrenzt. Fraglich ist es allerdings, ob die Heimarbeit zur Teilzeitbeschäftigung gerechnet werden sollte, da es bei dieser Arbeitsform unmöglich ist, zwischen der „üblichen bzw. tariflich festgesetzten“ Arbeitszeit und Teilen von ihr zu unterscheiden, denn die Norm

einer Vollarbeitszeit für Heimarbeit existiert nicht². Eine Teilzeitbeschäftigung muß folglich drei essentielle Kriterien erfüllen:

1. Das Arbeitsverhältnis muß ein ausreichendes Maß an Beständigkeit aufweisen.
2. Die Tätigkeit muß freiwillig vereinbart sein.
3. Die Arbeitszeit muß kürzer als die betriebsübliche sein.

¹ Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarktstatistik 1978 — Jahreszahlen, Nürnberg 1979, S. 40.

² Das Internationale Arbeitsamt definiert als Teilzeitarbeit: „Regular, voluntary work carried out during working hours distinctly shorter than normal“, zitiert bei J. Hallaire: Parttime employment — its extent and its problems, Paris 1968, S. 15.

Die Entwicklung der Teilzeitarbeit

Der volle Umfang der Teilzeitarbeit ist nicht bekannt. Die Statistiken erfassen in der Regel nur die Beschäftigten, deren Arbeitszeit in dem Intervall zwischen der wöchentlichen, tariflich vereinbarten Normalarbeitszeit und mehr als 20 Stunden liegt.

Die Gesamtzahl der Teilzeitschäftigten erreichte im Jahre 1973 mit schätzungsweise 1,78 Millionen Personen ein Maximum, fiel in den folgenden Jahren (1976 auf 1,7 Mill.) und übertraf 1978 den 73er Wert erstmalig wieder: Diese 1,8 Millionen Arbeitnehmer entsprechen einem Anteil von 8,5 vH an der Gesamtbeschäftigung, 1979 arbeiteten etwa 1,9 Millionen Arbeitnehmer teilzeit, fast 90 vH waren Frauen³. Bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern mit Teilzeitbeschäftigung ist der Frauenanteil noch höher. Von den am 30. 6. 1979 teilzeit arbeitenden 1,6 Mill. Personen waren es 93 vH. Die Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland ist also hauptsächlich eine Erwerbsform für Frauen. Über die Schwerpunkte dieser Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen unterrichtet die folgende Tabelle:

Sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen am 30. 6. 1979 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	in tausend Personen	in vH aller Teilzeitbeschäftigten	in vH der beschäftigten Frauen
Chemische Industrie	18	96,4	11,1
Kunststoffverarbeitung	12	96,0	10,8
Maschinenbau	21	94,2	13,5
Elektrotechnik	39	96,8	10,2
Textilverarbeitung	22	97,3	12,1
Bekleidungsgewerbe	32	98,5	12,7
Nahrungs- und Genußmittel	30	92,6	10,1
Handel	366	95,8	24,1
Deutsche Bundespost	68	95,5	65,6
Kredit- und Finanzinstitute	50	96,0	18,4
Reinigung, Körperpflege	36	96,5	15,4
Wissenschaft, Kunst und Publizistik	173	86,1	36,5
Gesundheits- und Veterinärwesen	106	97,3	13,9
Rechts- und Wirtschaftsberatung	19	95,1	13,6
Sonstige Dienstleistungen	67	92,0	19,2
Organisation ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	57	91,3	24,7
Gebietskörperschaften	144	92,2	28,4
Alle Wirtschaftszweige	1 466	93,0	18,7

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit und Berechnungen des DIW.

Bei Männern kommt diese Form der Arbeitszeit zumeist nur dann in Frage, wenn diese aus gesundheitlichen Gründen erwerbsgemindert sind oder sich am Ende ihres Erwerbslebens befinden. Rund die Hälfte dieser männlichen Erwerbstätigen — insgesamt sind es etwa 190 000 — ist im öffentlichen Dienst tätig. In der privaten Wirtschaft ist ihre Gesamtzahl auch deshalb so niedrig, weil es „einenvernehmliche und abgestimmte“ Verhaltensweisen zwischen Betriebsleitungen und Betriebsräten gibt, männliche Erwerbstätige im Falle von Behinderung vorzeitig verrenten zu lassen.

Teilzeitarbeitslosigkeit tritt bei Männern kaum auf. Die Entwicklung der Teilzeitarbeitslosigkeit bei Frauen nahm den folgenden Verlauf:

Teilzeitarbeitslosigkeit bei Frauen im Jahresdurchschnitt in tausend Personen

1970	1973	1974	1975	1977	1978	1979
26	46	93	153	185	185	168

In der berufsstrukturellen Gliederung wiesen im Jahresdurchschnitt die folgenden Berufsabschnitte die meisten teilzeitarbeitslosen Frauen auf (1979 in tausend Personen):

Montierer und Metallberufe	7
Textil- und Bekleidungsberufe	9
Ernährungsberufe	4
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	8
Hilfsarbeiter	4
Warenkaufleute	30
Dienstleistungskaufleute	4
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	50
Gesundheitsdienstberufe	10
Sozial- und Erziehungsberater, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	5
Hauswirtschaftliche Berufe	
Reinigungsberufe	12
insgesamt:	
die hier aufgezählten Berufe	146
alle Berufe	168

Im Jahresdurchschnitt 1978 suchten insgesamt 228 000 Personen Teilzeitarbeit, 218 000 von ihnen waren Frauen; 1979 waren es 208 000 Personen, darunter 200 000 Frauen. Bei einer Aufgliederung der Zahl der weiblichen Personen, die eine Teilzeitarbeit suchten, nach Berufsabschnitten ergeben sich die gleichen Schwerpunkte wie bei den teilzeitarbeitslosen Frauen. Neben den bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Personen, die eine Teilzeitarbeit suchen, gibt es allerdings noch einen weiteren Personenkreis, der bei einem ausreichenden Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen berücksichtigt werden müßte. Zu erwähnen ist hier insbe-

³ Berechnungen des DIW auf der Basis von Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes.

sondere ein Teil der Frauen, die der stillen Reserve zugerechnet werden. Ihre Zahl ist mit reichlich 100 000 zu beziffern.

Das Problemfeld Teilzeitarbeit

Wenn in einer differenzierten, industriellen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland immer mehr Beschäftigte teilzeit arbeiten und immer mehr Staatsbürger einen Teilzeitarbeitsplatz suchen; wenn die Vorzüge einer Ausweitung der Teilzeitarbeitsverhältnisse nicht nur vor Jahren bereits in Regierungserklärungen erwähnt wurden, sondern auch von Personen und Institutionen gefordert wird, diese Arbeitsplätze vermehrt anzubieten⁴, dann ist es Zeit zu fragen, warum die Teilzeitarbeit nicht noch mehr gefördert wird.

Die Teilzeit ist von der Länge und der Placierung her flexibler als die genormte Vollzeitregelung. So ermöglicht sie es, persönliche Präferenzen und arbeitsplatzbezogene Faktoren besser aufeinander abzustimmen, weil sie mehr Kombinationen zwischen Personen und Arbeitsplätzen zuläßt als die Vollarbeitszeit. Diese Arbeitszeitform zieht indes arbeitsmarkt-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wirkungen nach sich, die ihr auch entgegenstehen können. In der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt erhält die Teilzeitarbeit ihren besonderen Stellenwert, weil mit ihr eine Alternative zur Erwerbslosigkeit angeboten werden kann. Trotzdem wirft sie viele Fragen auf, die auf ungelöste Probleme zielen.

Personenbezogene und gesellschaftliche Aspekte der Teilzeitarbeit

Ende September 1978 wünschten von den 170 000 bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Frauen, die Teilzeitarbeit suchten, 110 000 eine Beschäftigung vormittags, 20 000 nachmittags und 40 000 zu einer „sonstigen Zeit“⁵.

Der Wunsch nach Teilzeitarbeit hängt ab vom Haushaltseinkommen, den Ansprüchen an den Lebensstandard, von der sozialen Sicherung und von dem Streben nach Partizipation am Erwerbsleben. In einigen Phasen des Lebens können spezielle Begründungen hinzukommen: Teilzeitarbeit erleichtert Frauen und/oder Männern die Betreuung der eigenen Familie. Sie bietet außerdem die Möglichkeit, die altersbedingten Übergänge in das und aus dem Erwerbsleben fließender zu gestalten⁶. Ferner können aus gesundheitlichen Gründen leistungsgeminderte Menschen, die arbeiten wollen, im Erwerbsleben bleiben.

Die Ausbildung spielt beim Wunsch nach Teilzeitarbeit eine wichtige Rolle:

Arbeitslose nach der Art der Berufsausbildung und der gewünschten Arbeitszeit (Ende September 1979)

von den Arbeitslosen wünschen (Angaben in vH)	Vollarbeit		Teilzeitarbeit	
	insg.	Frauen	insg.	Frauen
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	77	58	23	42
davon				
betriebliche Ausbildung	75	52	25	48
Berufsfachschule	75	68	25	32
Fachschule	83	75	17	25
Fachhochschule	95	85	5	15
Hochschule	95	88	5	12
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	81	68	19	32
darunter Studienabbrecher	95	83	5	17
insgesamt in vH	79	63	21	37
in tausend Personen	686	301	178	175
Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit und Berechnungen des DIW.				

Eine Teilzeitbeschäftigung wird insbesondere von Frauen angestrebt, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben. Dieser Wunsch nimmt mit steigender Qualifikation ab: Nur etwa jede achte Frau mit Hochschulabschluß sucht eine Teilzeitarbeit, bei Frauen mit betrieblicher Ausbildung ist es dagegen fast jede zweite.

In der gemeinsamen Empfehlung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenorganisationen zur Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung aus dem Jahre 1974 wird erklärt, daß die „... weitere Ausdehnung der Teilzeitarbeit ... aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen sowie aus allgemein gesellschaftspolitischen Gründen erwünscht“⁷ sei. Obwohl in dieser Absichtserklärung auch konkrete Möglichkeiten zur Vermehrung der Teilzeitarbeit genannt sind, lassen die Entwicklung von Teilzeitbeschäftigung und Teilzeitarbeitslosigkeit erkennen, daß eine Realisierung schwierig ist und lange Zeit braucht.

Es ist deshalb so mühsam, weil die Forderung nach einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung ein

⁴ In der Regierungserklärung am 16. 12. 1976 sagte der Bundeskanzler: „Zum Beispiel würden mehr Teilzeitarbeitsverhältnisse nicht nur einem vielfach geäußerten Bedürfnis vieler Arbeitnehmer — vor allem Frauen — entsprechen; sie würden zugleich fühlbar zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.“ Der Bund, die Länder und die Kommunen verabschiedeten 1974 eine gemeinsame Empfehlung, in der eine Ausweitung der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst als wünschenswert betrachtet wird. Vgl. hierzu: Empfehlungen zur Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst, in: Sozialpolitische Informationen, 30. 10. 1974. In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 24. 11. 1980 ist kein Votum für die Teilzeitarbeit zu finden. Vgl. Mut zur Zukunft, Berliner Stimme vom 27. 11. 1980, S. 11 ff.

⁵ Vgl. hierzu: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 1979, Nr. 3, S. 302.

⁶ An dieser Stelle ist auch das Problem der „freiwilligen Verrentung“ der 58- und 59jährigen „Arbeitslosen“ zu berücksichtigen.

⁷ Empfehlungen zur Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst, in: Sozialpolitische Informationen, 30. 10. 1974.

Grundproblem der Leistungserstellung bei Staat und Unternehmen berührt; in Frage gestellt wird die Gleichung: eine Arbeitskraft an einem Arbeitsplatz bei für alle gleich festgesetzter Arbeitszeit. Diese Relation Arbeitsplatz — Arbeitskraft — gleiche Arbeitszeit ist jedoch bereits in der Vergangenheit gelockert worden. Nicht nur mit der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, sondern auch mit der Einführung der gleitenden Arbeitszeit und einer differenzierten Arbeitszeitreduzierung nach Belastungskriterien (Bergmann, Schichtarbeiter) wurden weitere Schritte in diese Richtung getan.

Arbeitsplatz- und betriebsbezogene Aspekte der Teilzeitarbeit

In einer Untersuchung für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird zusammengefaßt: „Insgesamt zeigte sich . . . ein relativ geringes Interesse der Betriebe an männlichen Teilzeitarbeitern. Hierfür sind nur in wenigen Fällen negative Erfahrungen oder höhere Kosten, sondern vor allem die traditionelle Betriebsstruktur verantwortlich, die auf einer Arbeitszeit von 8–9 Stunden täglich bei 5 bis 6 Tagen Arbeitszeit pro Woche aufgebaut ist“⁸.

Die Kosten- und Ertragssituation ist noch wenig analysiert. Ein kardinaler Fehler besteht meistens darin, daß Kosten- und Ertragssituation nicht systematisch gegenübergestellt werden⁹. Bei einer Befragung verneinten sogar 61 vH der Unternehmer die Entstehung höherer Kosten durch die Beschäftigung von Teilzeitarbeitskräften, 22 vH bejahten sie¹⁰. Oft besteht in den Betrieben bei den befragten Verantwortlichen wenig Transparenz über die spezifische Kostensituation bei Teilzeitarbeit. Tendenziell wird eine Verschlechterung der Kostensituation zum Vorwand genommen, um die negative Einstellung gegenüber einer Teilzeitbeschäftigung zu verbergen¹¹. Zu erwähnen ist noch, daß es auch zu einer verbesserten Ertragssituation kommen kann, wenn teilzeit gearbeitet wird. Bei monotonen Tätigkeiten, besonders an Maschinen, ermüden Teilzeitarbeiter nicht so schnell. Das gleiche gilt, wenn vorhandene Anlagen mit einer Teilzeitkraft noch genutzt werden können, nicht aber mit einer Vollzeitkraft und dadurch die fixen Kosten zu senken sind¹².

Bei der Frage nach der Verantwortung für die Arbeitsleitung bei geteilten Arbeitsplätzen und dem Problem, bis zu welcher Stufe der betrieblichen Hierarchie Beschäftigungspositionen teilbar sind, gibt es offensichtlich kaum gesicherte Kenntnisse, aber Vorurteile. „Jobs involving managerial responsibility are perhaps not suitable for part-time work, but any job where the first hour of work is like all the others, is suitable.“¹³ Dieser Vermutung stellt Teriet ein niederländisches Forschungsergebnis gegenüber, das zeigt, daß im Laufe einer Betriebs-

analyse auch die Führungskräfte den hohen Grad der Teilbarkeit der meisten Arbeitsaufgaben, einschließlich der Stellen der höheren Gehaltsstufen erkannten¹⁴.

Bei der Klärung der Frage nach den Beziehungen zwischen Produktionsart und Teilzeitarbeit, die das Problemfeld der Arbeitsaufgaben und Tätigkeitsstrukturen einschließt, kann ebenfalls nicht auf gesicherte, verallgemeinerungsfähige Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden. Trotzdem ist eines bekannt: „Auch in qualitativer Hinsicht ist das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen unzureichend. Teilzeitarbeit von Frauen erstreckt sich bislang vorwiegend auf die unteren Leistungsgruppen . . .“¹⁵.

Unterschiedliche Interessen bei der Einschätzung der Teilzeitarbeit

Im Problemfeld Teilzeitarbeit stehen sich folgende Positionen gegenüber:

- die von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden präferierte Lohnpolitik, die ihren Schwerpunkt nahezu ausschließlich auf eine Barentlohnung legt;
- der Wunsch vieler Frauen nach Teilzeitarbeit, bei nicht wenigen in geringerem Maße aus Gründen der Partizipation am Erwerbsleben als aus der Notwendigkeit heraus, das Familieneinkommen aufzubessern;
- Gesetze und Verordnungen, die die Teilzeitbeschäftigung erschweren (z. B. das Versorgungsprinzip im Beamtenrecht);
- die Ansprüche eines sozialen Sicherungssystems, das darauf angewiesen ist, daß möglichst viele Vollarbeitskräfte in der ohnehin schon immer kürzeren Erwerbsphase ihres Lebens ihr Einkommen, ihre soziale Absicherung und die Sozialleistungen für andere verdienen, sowie

⁸ L. Alex, H. H. Menzenwerth und H. J. Pohl: Teilzeitbeschäftigung bei männlichen Arbeitskräften, Köln 1971, S. 4.

⁹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Freiwillige Teilzeitarbeit, Dokument Nr. V/1979 — 4/80 — DE nebst Anhang, Brüssel 1980.

¹⁰ Vgl. L. Alex, H. H. Menzenwerth und H. J. Pohl: a.a.O., S. 113 ff.

¹¹ Vgl. B. Teriet: Teilzeitarbeit — ein Problemaufriß, in: Mitt (IAB), 1977, Heft 2, S. 315 f., und die dort zitierte Literatur. Bernhard Teriet hat diese Arbeitszeitform in zahlreichen Veröffentlichungen ausführlich behandelt. Vgl. u. a. Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität, in: Technologie und Politik, Hamburg 1977, S. 75 ff.

¹² Vgl. L. Alex, H. H. Menzenwerth und H. J. Pohl, a.a.O., S. 115.

¹³ J. Hallaire, a.a.O., S. 62.

¹⁴ Vgl. B. Teriet: Teilzeitarbeit a.a.O., S. 316.

¹⁵ Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1978, S. 231.

- die Politik der Bundesanstalt für Arbeit, die Teilzeitarbeit nicht bevorzugt vermittelt. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die in der Vergangenheit oft zu unterschiedliche Erziehung und Ausbildung von Männern und Frauen eine geschlechtsneutrale Vermittlung erschwert.

Ansatzpunkte für eine Förderung der Teilzeitarbeit

Eine Förderung der Teilzeitarbeit darf nicht dazu führen, daß nur den Frauen Teilzeitarbeitsplätze angeboten werden. Die zentrale Frage ist: Wo gibt es gute voll- und teilzeitgeeignete Dauerarbeitsplätze — langfristig für Frauen und Männer?

Neben einer indirekten Förderung der Teilzeitarbeit über Informationen und Modellversuche bieten sich beispielsweise die folgenden spezifischen Maßnahmen an:

- die Vermittlung von zwei Teilzeitkräften auf eine volle Stelle durch die Bundesanstalt,
- die Beseitigung der die Teilzeitbeschäftigung hemmenden Formulierungen aus Gesetzen und Verordnungen,
- tarifvertragliche Absicherungen der Teilzeitarbeit,
- die Bundesanstalt für Arbeit zahlt bei kleinen Betrieben die durch Teilzeitarbeit nachgewiese-

nen höheren Kosten, wenn keine Steigerungen des Ertrages auftreten, sowie

- die gesetzliche Regelung, daß ein Elternteil bei Kindern unter 4 Jahren von der Vollarbeitszeit auf eine halbe Stelle wechseln kann und den Anspruch auf den Vollarbeitsplatz behält.

Neben den Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien zur Ausweitung der Teilzeitarbeit im Bereich der Brau- und der Zigarettenindustrie, die wegen der geringen Anzahl der betroffenen Beschäftigten mehr Signalcharakter aufwiesen, gibt es seit November 1980 in der Bundesrepublik Deutschland ein neuartiges Angebot: Der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie legte den Mustervertrag für eine Form der Teilzeitarbeit vor, das job-sharing¹⁶. Dabei handelt es sich um eine Variante der Teilzeitarbeit, bei der in der Regel zwei Personen einen Arbeitsplatz innehaben. In eigener Verantwortung teilen sie sich ihre Arbeitszeit im täglichen, wöchentlichen oder einem längeren Turnus untereinander auf. Hoffentlich gelingt es den Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie, zu einer Vereinbarung über die Ausgestaltung dieser für die Bundesrepublik Deutschland neuen Arbeitszeitform zu gelangen.

¹⁶ Vgl. Arbeitsring Chemie (Hrsg.): Der Job-Sharing-Arbeitsvertrag, Wiesbaden 1980.

Unverändert hohes Defizit in der Leistungsbilanz

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1980

Die reale Warenausfuhr ist im dritten Quartal — von Saison- und Kalendereinflüssen bereinigt — gegenüber dem Vorquartal um 3 vH gesunken. Damit hat sich der Rückgang, der im Frühjahr dieses Jahres begonnen hat, fortgesetzt. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde nur noch um gut 2 vH übertroffen (I/1980: + 12 vH). Abgenommen hat im Berichtsquartal auch die reale Wareneinfuhr (um 2,5 vH): Darin spiegeln sich sowohl der Produktionsrückgang als auch lagerzyklische Einflüsse wider.

Der Überschuß in der Warenbilanz ist bei verbesserten Terms of Trade nominal gestiegen. Die Defizite in der Dienstleistungs- und der Übertragungsbilanz haben sich unterschiedlich entwickelt: Das der Dienstleistungsbilanz hat sich gegenüber dem sehr niedrigen Niveau im zweiten Quartal saisonbereinigt kräftig erhöht, und zwar hauptsächlich aufgrund hoher Abflüsse in der Kapitalertragsbilanz. Das Defizit der Übertragungsbilanz ist dagegen wegen geringerer Nettozahlungen an die EG und des im Vergleich zum Vorquartal erheblich vermin-

deten Erlasses von Schulden der Entwicklungsländer gesunken. Dies und der Überschuß in der Warenbilanz haben eine erneute Verschlechterung der Leistungsbilanz verhindert. Das Defizit blieb gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt unverändert (— 6,8 Mrd. DM).

Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik ist bereits seit Frühjahr 1979 defizitär. Dazu hat vor allem die Verringerung des Überschusses in der Handelsbilanz beigetragen. Die jüngste Zunahme des Exportüberschusses ist auf die Entwicklung des Handels mit den EG- und EFTA-Ländern zurückzuführen.

Steigender Exportüberschuß gegenüber westeuropäischen Industrieländern

Verbessert hat sich die Handelsbilanz vor allem gegenüber den EG-Ländern. Die Ausfuhren nach Frankreich und Belgien-Luxemburg sind unter dem Einfluß der schwachen Konjunktur in diesen Ländern im Berichtsquartal zwar geschrumpft, noch stärker gingen aber die Bezüge von dort zurück.

**Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	Ursprungswerte								Saison- ¹⁾ und arbeitstäglich bereinigte Werte								
	1979	1979				1980			1979				1980				
		I	II	III	IV	I	II	III	I	II	III	IV	I	II	III		
Zu jeweiligen Preisen (Mrd.DM)																	
Ausfuhr	382,5	89,8	93,2	96,2	103,3	106,8	106,3	104,8	91,2	94,1	97,6	100,4	107,5	108,8	104,9		
Waren	307,3	72,4	76,8	74,7	83,4	87,1	85,3	81,3	73,4	76,5	77,8	80,7	87,1	86,2	83,8		
Dienste	75,2	17,4	16,4	21,5	19,9	19,7	21,0	23,5	17,8	17,6	19,8	19,7	20,4	22,6	21,1		
Einfuhr	370,1	81,9	90,5	99,2	98,5	106,0	106,5	110,7	84,4	91,1	95,1	100,5	107,6	108,4	105,3		
Waren	277,9	62,7	68,1	70,1	77,0	82,6	82,3	78,0	63,1	67,6	71,4	76,6	82,2	82,9	78,6		
Dienste	92,2	19,2	22,4	29,1	21,5	23,4	24,2	32,7	21,3	23,5	23,7	23,9	25,4	25,5	26,7		
Salden:																	
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	12,4	7,9	2,7	-3,0	4,8	0,8	-0,2	-5,9	6,8	3,0	2,5	-0,1	-0,1	0,4	-0,4		
Waren	29,4	9,7	8,7	4,6	6,4	4,5	3,0	3,3	10,3	8,9	6,4	4,1	4,9	3,3	5,2		
Dienste	-17,0	-1,8	-6,0	-7,6	-1,6	-3,7	-3,2	-9,2	-3,5	-5,9	-3,9	-4,2	-5,0	-2,9	-5,6		
Obertragungen 2)	-23,7	-5,8	-6,3	-5,3	-6,3	-7,0	-7,2	-6,4	-5,8	-6,3	-5,3	-6,3	-7,0	-7,2	-6,4		
Leistungsbilanz 3)	-11,3	2,1	-3,6	-8,3	-1,5	-6,2	-7,4	-12,3	1,0	-3,3	-2,8	-6,4	-7,1	-6,8	-6,8		
(Finanzierungssaldo)																	
Nachrichtlich:																	
Leistungsbilanz 4)	-10,1	2,9	-3,1	-8,5	-1,5	-5,6	-6,6	-12,3	2,2	-2,9	-3,7	-5,3	-6,6	-6,4	-7,1		
(In der Abgrenzung der Zahlungsbilanz)																	
Veränderung ⁵⁾ in vH gegenüber dem																	
	...Vorjahr								...Vorquartal								
Ausfuhr	9,9	8,6	8,0	11,8	11,0	19,0	14,0	9,0	1,2	3,1	3,6	3,0	7,0	1,2	-3,6		
Waren	10,3	9,1	9,6	11,8	10,8	20,3	11,1	8,8	1,3	4,3	1,7	3,8	7,9	-1,0	-2,8		
Dienste	8,1	6,5	1,2	11,9	11,5	13,6	27,3	9,3	0,8	-1,4	12,3	-0,3	3,3	11,0	-6,6		
Einfuhr	19,1	12,5	17,2	22,9	23,1	29,5	17,7	11,6	3,2	8,0	4,4	5,7	7,1	0,8	-2,9		
Waren	20,7	13,5	16,8	26,0	26,1	31,8	20,8	11,3	4,3	7,2	5,6	7,2	7,4	0,8	-5,2		
Dienste	14,5	9,3	18,5	16,0	13,3	22,1	8,2	12,4	0,1	10,2	0,8	0,9	6,1	0,5	4,7		
Zu Preisen von 1970 (Mrd.DM)																	
Ausfuhr	257,7	62,4	63,2	64,0	68,1	69,2	67,4	66,0	63,0	63,9	65,3	66,1	69,4	69,0	66,9		
Waren	211,8	51,3	53,1	50,9	56,5	57,6	55,3	52,3	51,7	53,1	53,4	54,4	57,4	55,9	54,4		
Dienste	45,9	11,1	10,1	13,1	11,6	11,6	12,1	13,7	11,3	10,8	11,9	11,7	12,0	13,1	12,5		
Einfuhr	243,3	56,9	60,0	63,6	62,8	64,1	63,5	66,3	58,4	60,5	61,4	63,6	65,1	64,5	63,4		
Waren	187,4	44,9	46,3	46,0	50,2	50,5	49,9	48,2	45,0	46,2	47,3	49,4	50,3	50,3	49,0		
Dienste	55,9	12,0	13,7	17,6	12,6	13,6	13,6	18,1	13,4	14,3	14,1	14,2	14,8	14,2	14,4		
Salden:																	
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	14,4	5,5	3,2	0,4	5,3	5,1	3,9	-0,3	4,6	3,4	3,9	2,5	4,3	4,5	3,5		
Waren	24,4	6,4	6,8	4,9	6,3	7,1	5,4	4,1	6,7	6,9	6,1	5,0	7,1	5,6	5,4		
Dienste	-10,0	-0,9	-3,6	-4,5	-1,0	-2,0	-1,5	-4,4	-2,1	-3,5	-2,2	-2,5	-2,8	-1,1	-1,9		
Veränderung ⁵⁾ in vH gegenüber dem																	
	...Vorjahr								...Vorquartal								
Ausfuhr	5,4	6,1	4,0	6,6	5,2	11,0	6,6	3,0	0,5	1,4	2,2	1,2	4,9	-0,5	-3,0		
Waren	6,3	7,0	5,9	7,1	5,4	12,2	4,1	2,7	0,7	2,7	0,5	1,9	5,6	-2,6	-2,7		
Dienste	1,6	2,4	-5,0	4,6	3,8	5,4	19,6	4,6	-0,2	-4,4	10,5	-1,8	2,0	9,5	-4,6		
Einfuhr	11,2	11,5	9,6	12,9	10,9	12,6	5,9	4,3	1,8	3,7	1,4	3,6	2,3	-0,8	-1,7		
Waren	11,9	13,3	8,5	13,9	12,0	12,4	7,9	4,8	2,4	2,6	2,4	4,4	2,0	-0,2	-2,6		
Dienste	9,1	5,3	13,3	10,2	6,9	13,2	-1,0	2,8	-0,2	7,5	-1,8	1,0	3,5	-3,1	1,2		
Nachrichtlich:																	
Terms of Trade 6)	97,7	100,1	97,8	96,2	96,7	93,3	94,0	95,2	100,2	97,9	96,6	95,9	93,5	94,0	95,0		
Veränderung in vH	-2,5	1,5	-2,9	-3,6	-4,9	-6,8	-3,8	-1,0	-0,7	-2,3	-1,3	-0,8	-2,4	0,5	1,1		

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.- 2) Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt.-
3) Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen.- 4) Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.- 5) Berechnet auf der Basis ungerundeter Daten.- 6) Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1970 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

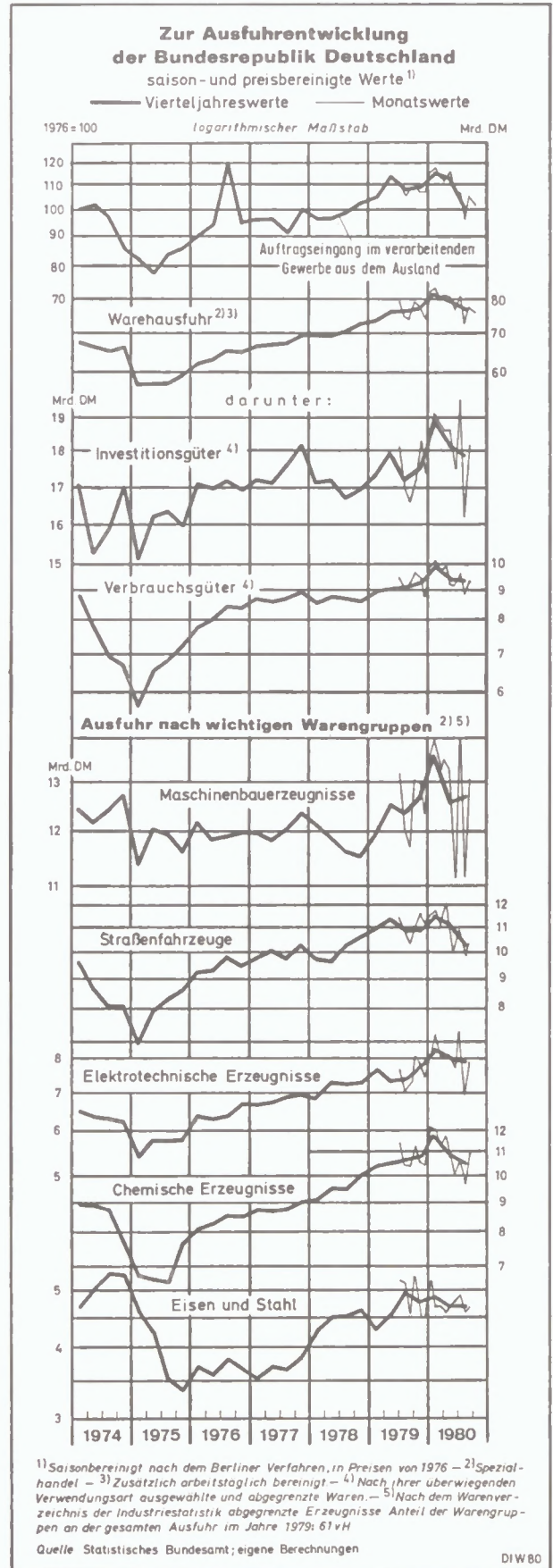
Nach Italien konnten die Lieferungen sogar leicht erhöht werden; bei kräftig sinkenden Importen ist der seit Jahresbeginn zu verzeichnende deutsche Exportüberschuß gegenüber Italien merklich gestiegen. Die Ausfuhren nach Großbritannien haben sich trotz der Rezession in diesem Land auf dem Niveau des zweiten Quartals gehalten. Die Exporte in die Niederlande sind dagegen erneut zurückgegangen.

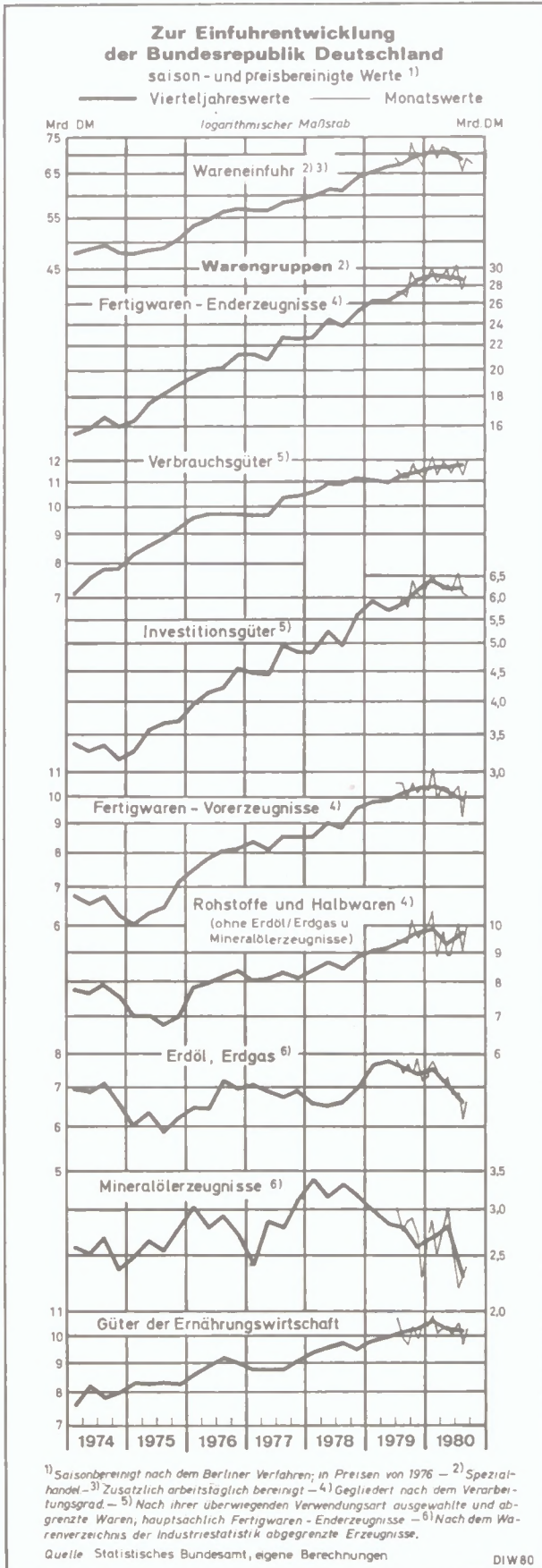
Nach den EFTA-Ländern Schweden, Österreich und in die Schweiz haben die Ausfuhren nach dem Rückgang im Vorquartal dagegen deutlich zugenommen. Der traditionell hohe deutsche Exportüberschuß gegenüber diesen drei Ländern ist bei insgesamt nur geringfügig gestiegenen Einfuhren vergrößert worden.

Das Defizit im Handel mit den USA und Japan hat erneut zugenommen. Die Ausfuhren in die USA sind beschleunigt gesunken, und zwar im wesentlichen wegen der Verringerung der Lieferungen von Eisen und Stahl. Der Export von Straßenfahrzeugen hat sich dagegen weiterhin gut behauptet. Die Importe aus den USA haben auf hohem Niveau stagniert; das Vorjahresniveau übertrafen sie um 26 vH. Die Einfuhren profitierten dabei nicht nur von der weiterhin relativ stabilen Konsum- und Investitionsneigung in der Bundesrepublik, sondern auch von der guten Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Elektroindustrie. So wurden vor allem Büromaschinen (einschließlich EDV-Anlagen) sowie andere elektrotechnische Erzeugnisse vermehrt importiert. Die Bezüge aus Japan sind unverändert kräftig gestiegen und übertrafen im Berichtsquartal das Vorjahresniveau um 34 vH. Bei nur langsamer Zunahme der Ausfuhren betrug das Defizit gegenüber Japan im dritten Quartal saisonbereinigt knapp 2 Mrd. DM; es war damit annähernd doppelt so hoch wie die deutschen Exporte dorthin.

Die Entwicklung der Ausfuhren in die Staatshandelsländer wird zunehmend dadurch gedämpft, daß diese Länder hoch verschuldet sind und unter Devisenmangel leiden. Der Export ist im Berichtsquartal wiederum gesunken; bei stärker rückläufigen Einfuhren aus den Staatshandelsländern hat sich der nur noch geringe deutsche Überschuß etwas vergrößert.

Die Ausfuhren in die Entwicklungsländer haben leicht zugenommen. Hierzu hat neben höheren Lieferungen in die europäischen Entwicklungsländer, insbesondere nach Portugal und Griechenland, die Expansion der Ausfuhren nach Mexiko (52 vH; Vorjahresvergleich) sowie Brasilien und Argentinien beigetragen. Bei kräftig expandierenden Importen hat sich der deutsche Exportüberschuß im Laufe dieses Jahres verringert, so daß die Warenbilanz gegenüber den Entwicklungsländern inzwischen nahezu ausgeglichen ist.





Die Lieferungen in die OPEC-Länder sind nach dem Anstieg in der Zeit vom Frühjahr 1979 bis zum Sommer dieses Jahres wieder leicht geschrumpft. So sind im Berichtsquartal die Lieferungen nach Iran, aber auch nach Saudi-Arabien und Libyen rückläufig gewesen. Dagegen konnten die Ausfuhren in den Irak — vor Ausbruch des Krieges Ende September 1980 — sowie nach Nigeria noch erhöht werden. Die Einfuhren aus den OPEC-Ländern sind gegenüber dem zweiten Quartal insgesamt deutlich gesunken; dabei ist es zu einem geringen Abbau des Defizits gekommen.

Ausfuhr von Investitionsgütern noch relativ stabil

Die Exporte von Investitionsgütern haben — mit Ausnahme der Erzeugnisse des Straßenfahrzeugbaus — im Berichtsquartal preis- und saisonbereinigt stagniert. Dies gilt sowohl für die Lieferungen des Maschinenbaus als auch für die von elektrotechnischen Investitionsgütern. Dazu dürften die hohen Auftragsbestände beigetragen haben. Die Ausfuhren von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten haben nach dem kräftigen Anstieg im Vorquartal erneut — wenn auch sehr langsam — zugenommen. Die wiederum kräftige Abnahme der Ausfuhren von — zu den Investitionsgütern zählenden — Straßenfahrzeugen konzentrierte sich auf großhubige Personenkraftwagen.

Auch bei den Exporten von kleineren Personenkraftwagen hat sich die Abwärtsentwicklung fortgesetzt; das Vorjahresniveau wird inzwischen um rund 12 vH unterschritten. Neben der Konkurrenz aus Japan dürfte dabei eine Rolle gespielt haben, daß die Käufer im Ausland — ähnlich wie im Inland — beim Kauf langlebiger Konsumgüter angesichts der unsicheren Wirtschaftslage und hoher Finanzierungskosten zurückhaltender geworden sind. Die Ausfuhren von elektrotechnischen Verbrauchsgütern sind ebenfalls weiter geschrumpft. Lediglich bei Textilien und Bekleidung war nach dem Rückgang im zweiten Quartal nun eine fühlbare Exportausweitung zu verzeichnen.

Die Exporte der chemischen Industrie waren preis- und saisonbereinigt wiederum rückläufig; sie unterschritten im Berichtsquartal erstmals deutlich das Vorjahresniveau. Die Lieferungen von Eisen und Stahl haben sich zwar auf dem niedrigen Niveau des Vorquartals halten können, sie lagen aber um 5 vH unter dem Exportvolumen der entsprechenden Vorjahresperiode. Insgesamt hat sich bei den Ausfuhren der Grundstoffindustrien der Abwärtstrend fortgesetzt.

Rückläufige Einfuhr von Erdöl und Mineralölzeugnisse

Die Bezüge von Erdöl, Erdgas und Mineralöl-erzeugnissen sind gegenüber dem zweiten Quartal

nenbauerzeugnissen sind die Preise diesmal nur halb so stark gestiegen wie nach dem ersten Ölpreisschock. Lediglich beim Verbrauchsgütergewerbe sind die Exportpreise in beiden Ölpreiskrisen etwa im gleichen — allerdings geringen — Umfang angehoben worden.

Einen Eindruck vom Ausmaß der Preisbelastung nach der zweiten Ölpreiskrise vermittelt das Austauschverhältnis zwischen Fertigwaren sowie Erdöl und Mineralölerzeugnissen. Nach der ersten Ölkrise ist es relativ rasch gelungen, die Verteuerung dieses Rohstoffes durch eine kräftige Preiserhöhung der Exportgüter zu kompensieren. Unterstützend wirkte dabei die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, besonders im Zeitraum vom vierten Quartal 1974 bis zum zweiten Quartal 1975. Die Einfuhrpreise des überwiegend in US-Dollar fakturierten Erdöls wurden dadurch stark gedrückt. In der zweiten Ölpreiskrise ist es bisher nicht gelungen, die weitere Verteuerung der Ölrechnung auszugleichen. Mit einer Verbesserung dieses Austauschverhältnisses ist zumindest kurzfristig nicht zu rechnen.

Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim gesamten verarbeitenden Gewerbe sinkt bereits seit Frühjahr dieses Jahres; das Vorjahresniveau wird inzwischen um 5 vH unterschritten. In den letz-

ten Monaten hat sich der Rückgang insbesondere bei wichtigen Zweigen der Investitionsgüterindustrie, nämlich dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, verstärkt. Damit wurden nun auch in diesen Zweigen die Auftragsbestände reduziert. Angesichts der Konjunkturabkühlung im Ausland wird sich der Export weiter verringern; im Jahresendquartal wird er das Vorjahresniveau unterschreiten. Die aufgrund der Schwäche der D-Mark verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten kann bei der weltweit gedämpften Nachfrage den Exportrückgang nicht aufhalten.

Die Wareneinfuhr wird ebenfalls sinken. Hierzu werden die Einsparungen beim Erdölverbrauch sowie Anpassungen der Lagervorräte an die schrumpfende Produktion beitragen. Der Rückgang der Einfuhr wird im Jahresendquartal bei anhaltend hohen Bezügen von Fertigwaren indes vermutlich geringer sein als der des Exports. Bei unveränderten Terms of Trade würde dann der nominale Überschuß der Handelsbilanz im vierten Quartal saisonbereinigt kaum zunehmen. Die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz dürften saisonbereinigt etwa so groß sein wie im dritten Quartal. Das Defizit der Leistungsbilanz wird sich damit wohl auch im Jahresendquartal nicht nennenswert verringern. Im gesamten Jahr 1980 dürfte der Fehlbetrag der Leistungsbilanz 30 Mrd. DM erreichen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Hans-Joachim Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von Peter Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von Manfred Rumberger und Eberhard Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von Reiner Stäglin unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea.** Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.
- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,—.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Dritte Welt: Wird 1981 ein Krisenjahr? Bearbeitet von Herbert Wilkens. —

Probleme der Teilzeitarbeit. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek. —

Unverändert hohes Defizit in der Leistungsbilanz. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

Die nächste Ausgabe des Wochenberichts erscheint am 8. 1. 1981